



Sessionsbericht – Herbstsession 2011

Rapport de session – Session d'automne 2011

12. bis 30. September 2011

Von Julien Chavaz, Fraktionssekretär

La législature 2007 – 2011 se termine comme elle a commencé : dans une certaine confusion politique et dans un contexte économique préoccupant. Pour le Groupe parlementaire libéral-radical, cette session d'automne a permis d'engranger des succès importants :

- › *Pour l'emploi : soutien au paquet de mesures contre le franc fort, refus d'une taxe sur les carburants dans la loi sur le CO₂, adoption du projet « too big to fail ».*
- › *Pour des assurances sociales durables : dépôt de deux motions pour garantir les prestations dans le 2^e pilier, adoption du projet « Managed Care » pour diminuer les coûts de la santé*
- › *Pour un Etat efficace et contre la bureaucratie : adoption par le Conseil des Etats de motions libérales-radicales qui réclament une diminution de la charge administrative des entreprises.*

Le Groupe libéral-radical félicite son collègue Jean-René Germanier pour son excellente année de présidence du Conseil national, à l'écoute des citoyens du pays, au front pour défendre les intérêts de la Suisse à l'étranger. Nous remercions et tirons un grand coup de chapeau à nos collègues qui s'en vont Peter Briner, Rolf Büttiker, Erika Forster, Helen Leumann, Dick Marty, Rolf Schweiger, Martine Brunschwig Graf, Marianne Kleiner, Edi Engelberger, Hans Rudolf Gysin, Charles Favre, Werner Messmer, Claude Ruey et Pierre Triponez.

1. Ausserordentliche Session Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung

Der Nationalrat führte eine lange Debatte zur „wirtschaftlichen und sozialen Situation der Bevölkerung“. Die ausserordentliche Session wurde auf Begehren der SP-Fraktion durchgeführt und war Vorstössen zu so unterschiedlichen Themen wie Löhnen, Kaufkraft, Mieten, Krankenkassenprämien, Steuern, Gebühren und der Frankenstärke gewidmet. Die FDP-Liberale-Fraktion lehnte die meisten der von linker Seite eingebrachten Vorstösse ab. Begrüsst wird jedoch, dass der Nationalrat mehrere Vorstösse zur Bekämpfung von Lohndumping angenommen hat.

2. Ausserordentliche Session Kernenergie und alternative Energien

Auch der Ständerat will vorläufig keine neuen Atomkraftwerke zulassen. Dieser Beschluss soll fakultativ – nicht aber obligatorisch – zur Volksabstimmung gelangen. Der Ständerat beschloss dies in einer Motion, mit welcher er die drei „Ausstiegsmotionen“ von Grünen, CVP und BDP abänderte. Für die FDP handelt es sich dabei um einen widersprüchlichen und unverständlichen Entscheid. Einerseits verbietet der Ständerat in Art. 1 sämtliche zukünftigen Bewilligungen für Kernkraftwerke. Andererseits schreibt sie in Art. 1^{bis}, es werde kein Technologieverbot erlassen. Damit beschliesst der Ständerat wie zuvor der Nationalrat, dass neue Kernkraftwerke generell nicht mehr zugelassen werden.

Das widerspricht der klaren Position der FDP, wonach neue Kernkraftwerke zuzulassen sind, wenn sie punkto Sicherheit um ein Vielfaches besser konstruiert sind als die Kernkraftwerke der heutigen Generation. In diesem Zusammenhang verwies die FDP insbesondere darauf, dass der Ausstieg aus der Kernenergie nicht zu einem Ausstieg aus der Klimapolitik mit dem Bau von Gaskombikraftwerken führen dürfe. Der entsprechende Ablehnungsantrag der FDP scheiterte aber klar. Zusammenfassend verhindert der Beschluss des Ständerates die Entwicklung einer pragmatischen Energiepolitik, die alle technologischen Optionen offen hält.

Mit Stichentscheid abgelehnt wurde im Ständerat auch die bereits im Nationalrat eingereichte Fraktionsmotion der FDP-Liberale Fraktion, wonach bei der Neuformulierung der Schweizerischen Energiepolitik der marktwirtschaftliche Kompass nicht vergessen werden darf. Die abgeänderten Motionen gehen nun zurück an den Nationalrat.

3. Ausserordentliche Session Zuwanderung und Asylwesen. Migrationspolitik wie weiter?

Die FDP-Liberale Fraktion hat in der Sommersession erfolgreich eine ausserordentliche Session zur Migrationspolitik gefordert. Im Nationalrat wurden rund 80 Vorstösse dazu behandelt. Wir sind erfreut, dass alle Vorstösse, welche die Personenfreizügigkeit ritzen wollten, abgeschmettert werden konnten. Weitreichende Entscheidungen des Nationalrats waren das Burkaverbot und die Koppelung der Entwicklungshilfe an die Kooperation jener Länder im Asylbereich.

Die FDP fordert seit Jahren, dass die 2006 neu gestaltete Asyl- und Migrationspolitik konsequent angewendet wird. Um die dringlichsten Probleme zu lösen, reichten Mitglieder der FDP-Liberale Fraktion in der Sommersession 2011 abermals Vorstösse ein, die an der ausserordentlichen Session zu einem wichtigen Teil angenommen wurden. Mit 120:67:1 deutlich angenommen wurde die Fraktionsmotion „Nötige Hilfe an Nordafrika mit Flüchtlingspolitik verbinden“. Dadurch soll die Entwicklungshilfe an ausländische Staaten die Bedingung koppeln, dass diese bei der Rückübernahme von Asylbewerbern kooperieren. Weiter wurde die Motion „Verteilung von Personen mit Eurodac-Treffern“ von Philipp Müller mit 120:62:5 angenommen, welche rechtliche Grundlagen dafür fordert, dass Dublin-Vollzüge direkt ab dem Empfangs- und Verfahrenszentrum bzw. dem Transitzentrum des Bundes durchgeführt

werden. Ein weiterer Erfolg für die FDP ist die mit 112:68:8 angenommene Motion „Neustrukturierung des Asylbereichs statt Asylchaos“ von Philipp Müller, mitunterzeichnet von Kurt Fluri und Hugues Hiltbold. Diese Motion geht auf die Machbarkeitsstudie zurück, welche die FDP am 5. Juli 2011 präsentiert hat. Die Studie beweist, wenn der Wille vorhanden ist, können die Probleme im Asylwesen rasch durch organisatorische Massnahmen und ohne Gesetzesänderung behoben werden.

4. FDP-Massnahmenpaket gegen das Asylchaos vom Herbst 2011

Nachdem die FDP in der Sommersession erfolgreich ein Massnahmenpaket lanciert hat, wurde sie in der Herbstsession erneut mit einem vom Parteivorstand verabschiedeten Massnahmenpaket aktiv.

A: Strikte Umsetzung von Schengen/Dublin – Schweizer Grenze sichern

Forderung 1: Rückführungen nach Italien per Zug! (*Motion FDP-Liberale Fraktion, Sprecher NR Philipp Müller*) Der Bundesrat soll ein Rückübernahmeabkommen mit Italien abschliessen, welches Rückübernahmen nach Italien als zuständiges Erst-Asylland auch mit dem Zug ermöglicht, denn die meisten Flüchtlinge kommen zuerst über Italien und dann über das Tessin in die Schweiz.

Forderung 2: Eigene Grenzkontrollen bei mangelhafter Umsetzung von Schengen (*Interpellation NR Philipp Müller*) Italien hat vielen Wirtschaftsflüchtlingen missbräuchlich Schengen-Visa ausgestellt, womit diese in die Schweiz und nach Frankreich gelangten und das Tessin und Genf vor immense Probleme stellte. Der Bundesrat wird deshalb aufgefordert, sich in Brüssel für die korrekte Umsetzung der Schengen/Dublin-Abkommen einzusetzen. Da die innere Sicherheit der Schweiz oberste Priorität hat, muss die Schweiz jederzeit eigenständig Grenzkontrollen durchführen können, wenn Schengen/Dublin von den Mitgliedstaaten nicht korrekt umgesetzt wird. Zudem sollen schwarze Listen eingeführt werden mit denjenigen Ländern, welche dieser Verpflichtung nicht nachkommen.

Forderung 3: Anrufung der „Ventilklausel“ für Personen mit B-Bewilligungen aus der EU-8 (*Motion NR Philipp Müller*) Der Bundesrat wird aufgefordert, gestützt auf das Freizügigkeitsabkommen, auf den 1. Mai 2012 vom Recht der Schweiz Gebrauch zu machen, die Zahl der Aufenthaltsbewilligungen B an Personen aus der EU-8 für die folgenden zwei Jahre zu beschränken. Da die erforderliche Referenzzahl (Durchschnitt der drei vorangegangenen Jahre plus 10 %) bereits Ende Juli 2011 überschritten worden ist, sind die Voraussetzungen für die Anwendung der Ventilklausel erfüllt.

B: Asylchaos beheben durch bessere Strukturen und Verfahren

Forderung 4: Keine Asylsuchende aus Safe Countries in die Kantone verteilen (*Motion FDP-Liberale Fraktion, Sprecher NR Kurt Fluri*) Der Bundesrat wird aufgefordert dafür zu sorgen, dass Asylsuchende aus Safe Countries per sofort nicht mehr an die Kantone verteilt werden.

Forderung 5: Exorbitante Mietkosten der Asylsuchenden reduzieren (*Motion NR Philipp Müller*) Die Situation im Bereich der Unterbringung ist gänzlich unbefriedigend und verursacht zudem immense Kosten. Für die Unterkunft von Personen aus dem Asylbereich bezahlte der Bund 2009 65,6 Millionen Franken an die Kantone. 2010 waren es 56,2 Millionen Franken. Angesichts der Höhe dieser Kosten drängt es sich nur schon aus finanziellen Gründen auf, diese Unterkunftssituation dringend und raschmöglichst zu ändern.

Forderung 6: Kürzere Verfahren dank Bürokratie-Stopp im Asylbereich (*Motion NR Hugues Hiltbold*) Der Bundesrat wird dazu aufgefordert, die Strukturen und die Praxis im Bundesamt für Migration (BFM) dahingehend zu ändern, dass die zeitlich verschobenen Anhörungen zur Person und später zu den Asylgründen bei Asylsuchenden zusammengelegt werden. Denn das BFM wurde in den letzten Jahren reorganisiert und verfügt heute über eine prozessorientierte Struktur. Es wird dieser Struktur nicht gerecht, da die Fall-Verantwortung beim BFM nicht bei einer Person liegt.

C: Hart durchgreifen für die Innere Sicherheit der Schweiz

Forderung 7: Nulltoleranz für randalierende Asylsuchende (*Motion FDP-Liberale Fraktion, Sprecher NR Philipp Müller*) Der Bundesrat wird beauftragt dafür zu sorgen, dass straffällige, randalierende und von der Polizei aufgegriffene Asylsuchende, die sich bereits in einem Kanton aufhalten, umgehend in Bundeszentren zurückversetzt werden. Deren Verfahren sind sofort an die Hand zu nehmen und abzuschliessen.

5. Abfederung der Frankenstärke, Voranschlag 2011. Nachtrag IIa (Massnahmenpaket Frankenstärke)

Trotz anfänglichem Widerstand hiessen beide Räte das Massnahmenpaket zur Abfederung der Frankenstärke ohne Änderung zum Bundesrat gut. Anträge für eine Aufstockung der Gelder oder für eine Streichung von Beiträgen wurden jeweils abgelehnt. Das Massnahmenpaket umfasst insgesamt 870 Mio. Franken. Davon gehen als grösster Posten 500 Mio. Franken in den Fonds der Arbeitslosenversicherung, um einen allfälligen Anstieg der Kurzarbeit zu bewältigen. Der Bereich Technologie, Innovation und Forschung erhält 212,5 Mio. Franken. Die Gesellschaft für Hotelkredit erhält eine befristete Erhöhung des Bundesdarlehens in der Höhe von etwa 100 Mio. Franken. Das Budget für die Finanzierung der Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte („Schoggigesetz“) wird für das Jahr 2011 um 10 Mio. Fr. erhöht. Schliesslich wird der Bundesrat 46,5 Mio. Franken in den Transport und die Infrastruktur investieren. Der Nationalrat sprach sich in der Gesamtabstimmung mit 102:48 und der Ständerat mit 31:9:1 für das Paket aus.

Die FDP begrüsst, dass das Parlament mit dem massvollen Massnahmenpaket ein klares Signal für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes an die von der Frankenstärke gebeutelte Wirtschaft aussendet. Allerdings hätte nach Ansicht der FDP auf die 10 Mio. Franken Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Produkte sowie auf die Gelder für Massnahmen im Regional- und Verkehrsbereich verzichtet werden sollen, da diese wettbewerbsverzerrend wirken. Anträge der FDP-Liberale Fraktion zur Streichung dieser Beiträge fanden jedoch keine Mehrheit. Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang auch, dass die von der FDP seit Januar immer wieder geforderte Fitnesskur für eine wettbewerbsfähigere Schweiz vom Bundesrat nicht aufgenommen wurde. Die Schweizer Wirtschaft braucht den MwSt-Einheitssatz und die Unternehmenssteuerreform III und muss vor absurder Bürokratie und einer massiven Erhöhung der Energiepreise geschützt werden. Die FDP freut sich deshalb darüber, dass der Nationalrat einer Motion der Finanzkommission zugestimmt hat, welche unter anderen Massnahmen eine rasche USTR III fordert. Auch die FDP-Fraktion hat in der ersten Sessionswoche noch vor Verabschiedung der Motion durch die Finanzkommission eine eigene Motion eingereicht, welche den Bundesrat auffordert, bis März 2012 dem Parlament eine Vorlage für eine USTR III zu unterbreiten.

6. Bankengesetz. Änderung (too big to fail)

Nach einem langen Seilziehen um einzelne Differenzen, welche zum Schluss eine Einigungskonferenz nötig machten, konnten sich die beiden Räte schliesslich doch noch auf die Vorlage des Bundesrates zur Begrenzung der volkswirtschaftlichen Risiken durch Grossbanken einigen. Demnach müssen die beiden Grossbanken in Zukunft erstens strengere Eigenmittelanforderungen erfüllen: So müssen die Eigenmittel künftig 19 Prozent der risikogewichteten Aktiven betragen. Zehn Prozent davon sollen die Grossbanken in «hartem» Eigenkapital halten, das heisst etwa in einbezahltem Eigenkapital oder in Gewinnvorträgen. Mit den restlichen 9 Prozent dürfen die Banken Pflichtwandelanleihen oder CoCo-Bonds aufbauen, welche im Krisenfall in Eigenkapital umgewandelt werden müssen. Zweitens müssen sie organisatorische Massnahmen ergreifen, damit bei drohender Insolvenz eine Weiterführung der systemrelevanten Funktionen gewährleistet bleibt. Uneinig waren sich beide Räte bis zum

Schluss darüber, ob das Parlament die Ausführungsverordnung zum revidierten Bankengesetz absegnen soll und ob CoCo-Bonds temporär von der Verrechnungssteuer zu befreien sind, solange bis eine entsprechende Steuervorlage zu einem Umbau der Verrechnungssteuer in Kraft ist. Der Nationalrat setzte sich für diese beiden Anliegen ein, der Ständerat dagegen. Die Einigungskonferenz brachte schliesslich einen Kompromiss: Demnach werden die Verordnungsentwürfe dem Parlament zur erstmaligen Genehmigung vorgelegt, dafür aber keine steuerlichen Ausnahmen für die CoCo-Bonds verabschiedet.

Die FDP begrüsst diese wichtige Vorlage, welche die Stabilität der Grossbanken und des Finanzsystems der Schweiz stärkt. In einer Marktwirtschaft müssen im Notfall auch systemrelevante Banken untergehen können, ohne das Finanzsystem oder die Realwirtschaft des Landes zu gefährden und ohne den Steuerzahlern Kosten zu verursachen. Die Massnahmen sind zwar streng, aber nicht extrem. Sie stellen einen guten Ausgleich zwischen den regulatorischen Erfordernissen und den Bedürfnissen der Grossbanken dar.

7. Doppelbesteuerung. Ergänzung zu verschiedenen Abkommen

Der Ständerat befasste sich als Erstrat mit zwei Ergänzungen zu verschiedenen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA). Eine erste Ergänzung von zehn am 18. Juni 2010 von der Bundesversammlung genehmigten DBA soll gewährleisten, dass die Schweiz beim steuerlichen Informationsaustausch dem internationalen Standard entspricht. Dazu muss die Schweiz in einem Amtshilfeverfahren neben dem Namen des Steuerpflichtigen auch andere zweifelsfreie Identifikationsmöglichkeiten zulassen. Im Verhältnis zu den USA soll zweitens mit einem Zusatzbericht klargestellt werden, dass die Schweiz nicht nur unter dem heute geltenden DBA-USA, sondern auch nach Inkrafttreten des Änderungsprotokolls (also wie bisher) Ersuchen behandeln wird, die ohne konkrete Namens- oder Personenangaben auf einem bestimmten Verhaltensmuster basieren. Diese Regelung soll eine Lösung im derzeitigen Steuerstreit mit den USA bringen.

Der Ständerat hat seinen Entscheid wegen offenen Fragen zur Ergänzung des DBA mit den USA verschoben. Er will erst wieder darüber sprechen, wenn mehr Informationen vorliegen. Mit 29:7 nahm der Rat den Antrag seiner aussenpolitischen Kommission an, das Geschäft zu verschieben. Die Kommission hielt fest, sie begrüsse die vom Bundesrat gewählte Verhandlungsstrategie, mit den USA auf Basis des bestehenden Rechts eine Lösung im Steuerstreit zu finden. Sie ermuntere den Bundesrat, die anvisierte Gesamtlösung mit den USA weiterzuverfolgen. Das Geschäft sollte jedoch erst im Parlament traktandiert werden, wenn in den Verhandlungen mit den USA "substanzielle Ergebnisse" vorliegen. Die FDP begrüsst den Entscheid der kleinen Kammer. Bevor die FDP-Liberale Fraktion dem Zusatzbericht zustimmen kann, muss dieser präzisere Informationen über die Amtshilfekriterien enthalten. Nur wenn sichergestellt ist, dass die neue Regelung keine Fischzüge zulässt, wird ihr auch die FDP zustimmen.

8. Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Teilrevision. Managed care

Les chambres ont adopté en vote final (CN: 133:46:17 / CE: 28:6:10) le projet Managed care après avoir accepté la proposition de la conférence de conciliation. Il subsistait des divergences entre les conseils. La version retenue garantit l'indépendance des réseaux de soins face aux assureurs avec possibilité pour ces derniers de se retirer dans un délai de 5 ans. La participation aux coûts pour les membres d'un réseau s'élèvera à 10% contre 15% pour les personnes qui ne sont pas affiliées et la quote-part, dont le montant est inscrit dans la loi, a été fixée à 500 francs pour les membres d'un réseau et de 1'000 francs pour les autres. Le Groupe RL, unanime, se félicite de ce résultat. Cette réforme permettra d'améliorer la qualité de notre système de soins grâce à une meilleure collaboration

entre les prestataires et subsidiairement de freiner la constante augmentation des coûts de la santé. Il s'agit d'une victoire politique majeure pour le PLR et pour son Conseiller fédéral Didier Burkhalter.

9. Förderung der Hochschulen und Koordination im Hochschulbereich

Les chambres ont adopté en vote final (CN: 128:61:6/ CE: 41:0:3) la loi sur l'encouragement des hautes écoles après avoir éliminé les dernières divergences. Le Groupe RL (30:1:3) se félicite de l'adoption de cette loi proposée par le Conseiller fédéral PLR Didier Burkhalter. Cette dernière transpose le mandat constitutionnel dans le domaine des hautes écoles. D'une part, elle règle les conditions-cadre pour l'action conjointe de la Confédération et des cantons en matière de coordination dans l'ensemble du domaine suisse des hautes écoles. D'autre part, elle pose les conditions pour l'allocation de contributions fédérales aux universités et autres institutions universitaires cantonales et aux hautes écoles spécialisées. Elle crée donc les conditions-cadre applicables à l'ensemble des hautes écoles dans des domaines déterminants pour l'émergence d'un espace suisse d'enseignement supérieur d'un haut niveau de qualité et de compétitivité.

10. Förderung der Kultur in den Jahren 2012-2015 (Kulturbotschaft)

Les chambres ont adopté le message sur l'encouragement de la culture pour la période 2012-2015 proposé par le Conseiller fédéral Didier Burkhalter. Le Conseil national, deuxième conseil, s'est dans un premier temps prononcé pour une augmentation de l'enveloppe globale en la faisant passer à 689,5 mio de francs, soit 21,6 mio de plus que le Conseil des Etats. En plus d'avoir soutenu l'augmentation du plafond de dépenses en faveur du cinéma comme le voulait le Conseil des Etats, le Conseil national a par 84:78, contre l'avis du Groupe RL (opposé par 22:4), augmenté de 40 mio de francs le crédit-cadre octroyé au domaine de la protection du patrimoine culturel et de la conservation des monuments historiques. Il a de plus augmenté le plafond de dépenses pour les aides financières de l'Office fédéral de la culture de 1,6 mio de francs. A cet égard, 600'000 francs doivent être alloués à la fondation du musée suisse du sport et 500'000 francs au Musée Alpin en 2014 et 2015. En revanche, le CN s'est opposé à l'augmentation du plafond destiné au financement des activités de Pro Helvetia comme le voulait le Conseil des Etats. Le Conseil des Etats s'est alors rallié à la position du Conseil national sur tous les points, sauf celui du crédit-cadre octroyé au domaine de la protection du patrimoine culturel et de la conservation des monuments historiques. Le Conseil des Etats exige une augmentation du crédit de 20 mio et rejette une augmentation de 40 mio. Le Conseil national s'est finalement rallié à la position du Conseil des Etats. Tous les arrêtés fédéraux sont ainsi adoptés.

11. Encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation pendant l'année 2012

Les chambres se sont penchées une nouvelle fois sur l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation pendant l'année 2012 (Message FRI 2012). Une divergence subsiste s'agissant des crédits alloués à la formation professionnelle. La participation de la Confédération aux contributions affectées par les pouvoirs publics à la formation professionnelle doit s'élever à 25% selon la loi sur la formation professionnelle, montant qui n'est actuellement pas atteint. Le Conseil national exige en effet que ces 25% soient atteints dans le cadre du message 2012. Le Conseil des Etats exige pour sa part que les 25% soient atteints dans le cadre du prochain message et qu'une augmentation à 23% constitue déjà un immense progrès. Les deux conseils maintiennent coûte que coûte leur position. La divergence qui opposait les deux conseils sur le système en matière de subventions aux cantons universitaires a en revanche été éliminée. Par 77:74 (Groupe RL 17:7), le Conseil national s'est rallié à la

position des Etats. Dorénavant, les crédits seront libérés pour l'année en cours et non plus pour la précédente. Treize des quatorze arrêtés fédéraux sont ainsi adoptés.

12. Für ein gesundes Klima. Volksinitiative. CO2-Gesetz. Revision

Mit der Revision des CO₂-Gesetzes wird die künftige Schweizer Klimapolitik geregelt. Im Mittelpunkt steht das Ziel, den inländischen Ausstoss von CO₂ und weiteren Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 um 20% unter das Niveau des Jahres 1990 zu senken. National- und Ständerat haben den Entwurf des revidierten Gesetzes bereits einmal behandelt. Ein von der FDP – gestützt auf das Positionspapier der Partei – in der UREK-N lancierter Rückkommensantrag, der dieses zu 100% im Inland zu erreichende 20% CO₂-Reduktionsziel flexibler gestalten wollte, d.h. im Ausland erzielte CO₂-Kompensationen seien beim 20%-Ziel zu berücksichtigten, scheiterte.

Im Zentrum der Differenzbereinigung in der Herbstsession stand der Streit um die CO₂ Abgabe auf Treibstoffen. Der Nationalrat strich die Möglichkeit, eine CO₂ Abgabe auf Treibstoffen einzuführen. Der Ständerat befürwortete im März die Weiterführung der subsidiären Spritabgabe, dies mit einem Höchstsatz von 120 Franken pro Tonne CO₂. Damit könnte der Bundesrat einen Liter Benzin um maximal 27 Rappen verteuern. Der Abgabbeertrag würde pro Kopf an die Bevölkerung zurückerstattet. Da CVP, SP und Grüne alle Anträge für eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen zurückzogen, musste über diese Differenz nicht mehr abgestimmt werden. Stattdessen wird nun wie bisher von der Erdölbranche ein "freiwilliger" Klimarappen, genauer 1.5 Rappen pro Liter Benzin und Diesel, erhoben, dessen Ertrag für Klimaschutzmassnahmen vorab im Ausland eingesetzt wird. Für den Klimarappen wird nun eine veränderte Rechtsgrundlage geschaffen und dessen Höhe im Gesetz auf 5 Rappen pro Liter begrenzt.

Entgegen der Position der FDP wird mit der Möglichkeit, dass der Bundesrat die heutige CO₂ Abgabe auf Brennstoffen anheben kann, voraussichtlich von 36 auf 60 Franken pro Tonne CO₂ oder von 9 auf 16 Rappen pro Liter Heizöl, der Subventionsbetrag für Gebäudesanierungen erhöht. Der Ertrag wird zu mindestens zwei Dritteln an Bevölkerung via Krankenkassenprämien und Unternehmen via AHV-Beiträge zurückverteilt. Maximal 300 Mio. Franken anstatt wie bisher 200 Mio. können nun jährlich zur Subventionierung energetischer Gebäudesanierungen eingesetzt werden. Diese Aufstockung hiess nach dem Ständerat auch der Nationalrat mit 99 zu 79 (RL 1:25) Stimmen gut. Auch die Rahmenbedingungen für den Bau von Gaskombikraftwerken wurden entgegen der Position der FDP gelockert. Der Ständerat verlangte bisher, dass 70% des CO₂-Ausstosses im Inland kompensiert werden. Der Nationalrat hat den Anteil nun auf Antrag der SVP mit 94: 92 (RL 2:29) auf 50% gesenkt.

13. Armeebericht 2010

Nationalrat und Ständerat haben sich bei der künftigen Ausgestaltung der Armee entsprechend der Position der FDP geeinigt: Mit 108:58 (RL 27:0) Stimmen sprach sich der Nationalrat in der Gesamtstimmabstimmung für einen Ausgabenplafond von 5 Milliarden Franken aus. Das entspricht einer Aufstockung um 600 Millionen Franken gegenüber dem Konzept des Bundesrats. Damit soll die Armee ihre sämtlichen Bedürfnisse decken. Namentlich soll sie mit dem 5 Milliarden "Global budget" befähigt werden, Löcher in der Ausrüstung der Truppe zu stopfen und 22 Kampfflugzeuge der neuen Generation zu finanzieren. Der Ständerat ist im Rahmen der Differenzbereinigung stillschweigend auf die Linie des Nationalrats eingeschwenkt. Bisher hatte der Ständerat für die Flugzeuge auf eine Sonderfinanzierung gesetzt, über die das Volk hätte befinden können. Nun zeigte sie sich einverstanden damit, die Kampfflugzeuge über das ordentliche Rüstungsbudget zu kaufen. Wie bereits der Nationalrat lehnte es auch der Ständerat ab, den Ausgabenplafond für die Armee in einem referendumfähigen Beschluss zu verankern. Dieser Entscheid fiel mit 24 zu 18 Stimmen. Mit 115 zu 68 (RL 32:0) Stimmen wurde der Entscheid gefällt, den Sollbestand der Armee bei 100'000 Soldaten zu fixieren.

14. Raumplanungsgesetz. Teilrevision

Entsprechend der Position der FDP wurden weder die obligatorische Mehrwertabgabe noch ein neues Instrument zur Begrenzung der Bauzonen im indirekten Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative eingeführt. Die von Umweltverbänden und Fachleuten der Raumplanung eingereichte Landschaftsinitiative möchte ein zwanzigjähriges Moratorium für die gesamte Baufläche der Schweiz. Der Nationalrat ist jedoch auf die Position der FDP eingeschwenkt und hat mit 70:93 (RL 5:20) das Konzept der Mehrheit abgelehnt. So bleibt es im Ermessen der Kantone, ob sie einen Teil der Gewinne abschöpfen wollen, welche Landeigentümer bei der Einzonung erzielen. Aus dem Ertrag der Mehrwertabgabe könnten Entschädigungen finanziert werden, die der Staat bei Auszonungen zur Redimensionierung von Baugebieten zahlen muss. Bei einem weiteren Kernanliegen der Revision, nämlich wie künftig Bauzonen festgelegt werden sollen, ist der Nationalrat mit 95:84 (RL 27:1) der Position der FDP gefolgt, wonach bei künftigen Einzonungen viel mehr Gewicht darauf gelegt wird, den Bedarf der nächsten fünfzehn Jahre abzuschätzen, damit die Baulandhortung nicht weiter zunimmt. Schliesslich wurde eine Forderung der FDP mit 109:66 (RL 23:1) umgesetzt, wonach sorgfältig integrierte Solaranlagen auf Dächern bewilligungsfrei erstellt werden können.

15. Gegenentwurf zur Minder-Initiative

In der ersten Sessionswoche nahm der Ständerat die Differenzbereinigung in der Beratung zum Indirekten Gegenentwurf zur Initiative Minder (Volksinitiative „gegen die Abzockerei“) vor. FDP. Die Liberalen bedauert, dass der Ständerat im Gegenentwurf weiterhin eine Bonussteuer verankern will und am Beschluss auf Eintreten auf Vorlage 2 mit 27:13 festhält. Die Vorlage 2 vermischt durch die Bestimmungen über die «sehr hohen Vergütungen» Corporate Governance mit steuerrechtlichen Elementen. Zudem liegt in dieser Vorlage die Kompetenz zur Festlegung der Vergütungen an die Arbeitnehmer beim Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung. Mit der vorgesehenen zwingenden Abstimmung der Generalversammlung über Vergütungen an sämtliche Arbeitnehmer, die 3 Mio. Franken pro Geschäftsjahr übersteigen, wird diese klare Verteilung zwischen Aufgaben und Verantwortlichkeiten verwischt. Dies widerspricht sämtlichen international geltenden Prinzipien der Corporate Governance.

In Bezug auf Vorlage 1, welche keine Bonussteuer enthält, will der Ständerat weiterhin, dass die Generalversammlung über die Vergütung der Geschäftsleitung beschliessen muss, sofern die Statuten nichts anderes vorsehen. Aus Sicht der FDP wäre jedoch eine Opting-in-Lösung angemessen, welche jährliche Abstimmungen über Vergütungen nur vorsieht, sofern die Statuten dies vorsehen.

16. Rechnungslegungsrecht

Der Ständerat hält in der letzten Differenzbereinigung an den meisten Differenzen zum Nationalrat fest. Bei der Konsolidierungspflicht hat er hingegen nachgegeben. Demnach können Vereine, Stiftungen und Genossenschaften die Konsolidierungspflicht an ein von der juristischen Person kontrolliertes Unternehmen übertragen. Weiter akzeptierte der Ständerat einen Kompromissvorschlag seiner Rechtskommission. Die Rechnungslegungspflicht wird nach internationalem Standard wie vom Nationalrat vorgeschlagen auf bestimmte Unternehmen beschränkt. Die Beschränkung soll gemäss Ständerat aber nicht gelten, wenn dies von Gesellschaftern, die mindestens 20% des Grundkapitals vertreten, oder von 10% der Genossenschafter oder von 20% der Vereinsmitglieder oder von der Stiftungsaufsicht verlangt wird. Eine Ausnahme soll auch gelten, wenn ein Gesellschafter oder Vereinsmitglied, welches einer persönlichen Haftung oder einer Nachschusspflicht unterliegt, dies verlangt. Die Vorlage geht nun ein letztes Mal in den Nationalrat. Bleiben danach Differenzen bestehen, muss in der Einigungskonferenz eine Lösung gefunden werden.

17. Vereinigte Bundesversammlung

Bundesanwalt / Bundesanwältin. Wahl für die Amtsdauer 2012 – 2015. Michael Lauber heisst der neue Bundesanwalt für die Amtsperiode 2012-2015. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte den Nachfolger des amtierenden Bundesanwalts Erwin Beyeler mit 203 von 206 gültigen Stimmen.

Das Parlament folgte mit diesem Entscheid dem Vorschlag seiner Gerichtskommission; diese hatte den parteilosen Lauber auf einem Einerticket zur Wahl empfohlen. Mit Lauber wählte die Bundesversammlung nach den Turbulenzen um die Bundesanwaltschaft einen externen Kandidaten. Es ist das erste Mal, dass der Bundesanwalt vom Parlament gewählt wurde. Bisher oblag diese Aufgabe dem Bundesrat.

Für Lauber spreche dessen internationale Vernetzung und Erfahrung bei der Bekämpfung von Geldwäscherei, hatte die Gerichtskommission ihren Vorschlag begründet. Lauber kenne die Polizeipraxis und habe als Untersuchungsrichter Kenntnisse in der Strafverfolgung erworben. Lauber hatte die Unterstützung aller Fraktionen.

Bundesgericht. Wahl von zwei hauptamtlichen Richterinnen / Richtern. Zu neuen Bundesrichtern für den Rest der Amtsperiode 2009-2014 wählten die Räte auf Empfehlung der Gerichtskommission Felix Schöbi (parteilos) und François Chaix (PLR GE). Die Wahl Schöbis und Chaix' entspricht der Empfehlung der Gerichtskommission. Schöbi erhielt 212, Chaix 210 von 218 gültigen Stimmen.

Bundesverwaltungsgericht. 2 Mitglieder. Eine Richterstelle am Bundesverwaltungsgericht für den Rest der Amtsperiode 2007-2012 und die Amtsperiode 2013-2018 besetzte die Bundesversammlung mit Daniel Stufetti (SVP). Er erhielt 127 von 218 gültigen Stimmen.

Bundesstrafgericht. Präsidium und Vizepräsidium. Andreas Keller und Daniel Kipfer Fasciati wurden als Präsident beziehungsweise Vizepräsident des Bundesstrafgerichts für die Jahre 2012 und 2013 bestätigt.

Bundespatentgericht. Nebenamtliche Richterinnen / Richter. Die Bundesversammlung bestimmte für die Amtsperiode 2012-2017 fünf nebenamtliche Richter ans Bundespatentgericht. Gemäss Antrag der Gerichtskommission gewählt wurden Roland Dux, Barbara Herren, Hanny Kjellsaa-Berger, Regula Rüedi und Prisca von Ballmoos.

18. Geschäfte beider Räte

Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit – FDP. Die Liberalen begrüsst, dass der Nationalrat der Revision des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) mit 112:39 zugestimmt hat. Im Gegensatz zum Ständerat schwächte der Nationalrat das Auskunftsrecht für möglicherweise fichierte Personen ab. Gesuchsteller sollen wie bisher lediglich vom Datenschützer prüfen lassen können, ob der Staatsschutz unrechtmässig Daten über sie bearbeitet. Bundesrat und Ständerat wollen ein direktes Auskunftsrecht. Der Ständerat bekräftigt diese Position nochmals in der Differenzbereinigung und hält auch an weiteren Differenzen fest. Am 27. September ging die Vorlage ein zweites Mal in den Nationalrat. Dieser hat seinen bisherigen Widerstand mit 92:71 aufgegeben. So kann die Schweiz nun bei besonderen ausländischen Sicherheits- und Polizeibehörden sowie nicht näher definierten "privaten Stellen" Geheimsdienstinformationen zeitlich befristet zugänglich machen. Trotzdem gibt es im Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) weiterhin Differenzen. Beim Auskunftsrecht für Fichierte hält der Rat zwar wie bisher weitgehend am geltenden Recht fest, welches nur ein indirektes Auskunftsrecht vorsieht. Er stimmte jedoch drei gleichlautenden Einzelanträgen zu, welche neu eine Beschwer-

de ans Bundesgericht zulassen. Am 28. September ging die Vorlage erneut in den Ständerat, welcher weiterhin am Grundsatz des direkten Auskunftsrechts festhielt.

Bausparen – Die beiden Räte können sich nicht auf eine Stimmempfehlung zu den beiden Bauspar-Initiativen einigen. Der Ständerat will sie dem Volk zur Ablehnung empfehlen, der Nationalrat zur Annahme. Damit werden nun die beiden Initiativen dem Volk im nächsten Jahr ohne Abstimmungsempfehlung vorgelegt. Der Bundesrat, der sich bisher ablehnend zu den Vorlagen geäußert hat, behält sich vor, dennoch eine Empfehlung abzugeben. Die beiden Initiativen verfolgen das gleiche Ziel, wenn auch auf etwas unterschiedlichen Wegen. Der HEV möchte, dass Bund und Kantone für den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum während maximal zehn Jahren einen Abzug vom steuerbaren Einkommen bei Bund und Kantonen von bis zu 10'000 Franken zulassen. Die SGFB-Initiative «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen» will es den Kantonen überlassen, das Bausparen einzuführen. Zur Abstimmung kommt es, weil im Juni ein indirekter Gegenvorschlag in der Schlussabstimmung am knappen Nein des Ständerats gescheitert war. Die FDP-Fraktion ist für die Einführung eines steuerlich begünstigten Bausparmodells und empfiehlt die beiden Initiativen zur Annahme.

Standortförderung – Wegen des starken Frankens soll der Bund tiefer in die Tasche greifen, um den Tourismus in der Schweiz und Exportförderung durch die Organisation für die Aussenwirtschaftsförderung (Osec) zu fördern. National- und Ständerat haben die Mittel für Programme zur Standortförderung im Vergleich zum Bundesrat weiter erhöht. Für die Förderung des Standorts Schweiz wird der Bund in den Jahren 2012 bis 2015 insgesamt 360 Mio. Fr. ausgeben. Allein 222 Millionen erhält Schweiz Tourismus. Das sind 44 Millionen mehr als der Bundesrat einsetzen wollte. Die FDP-Fraktion begrüsst die aktuelle Strategie zur Standortförderung, welche im Vergleich mit jener anderen Staaten auch nach der Erhöhung noch vernünftig und bescheiden ausfällt.

Recherche sur l'être humain - Les chambres ont adopté en vote final (CN: 189:7:1 / CE: 44:0) la loi sur la recherche sur l'être humain après avoir éliminé les dernières divergences. Les personnes incapables de discernement devront avoir leur mot à dire dans la mesure du possible si elles font l'objet de projets de recherche. En revanche, les cantons ne seront pas contraints de mettre en place des organes de médiation. Le Groupe RL, unanime, se félicite de l'adoption de cette loi, concrétisant l'article constitutionnel soutenu par 77% des Suisses, proposée par le Conseiller fédéral Didier Burkhalter. Cette dernière favorise la recherche tout en accordant une large importance au respect de la dignité humaine et à la protection de l'être humain. Les zones d'ombres juridiques ayant trait aux essais thérapeutiques seront elles réglées ultérieurement; les chambres ont transmis une motion en ce sens. Les essais préjudiciables aux patients et effectués sans que ceux-ci en aient été informés ou aient donné leur consentement doivent être interdits.

Encouragement de l'enfance et de la jeunesse - Les chambre ont adopté en vote final (CN: 141:53:2 / CE: 44:0) la nouvelle loi sur l'encouragement de l'enfance et de la jeunesse, après avoir éliminé une dernière divergence touchant l'aide accordée aux associations spécialisées dans les échanges linguistiques. Le Groupe RL (31:0:2) salue vivement l'adoption de cette loi proposée par le Conseiller fédéral PLR Didier Burkhalter. Au vu des nouveaux besoins que fait naître l'évolution de la société, il devenait en effet primordial de renforcer l'engagement de la Confédération en matière de politique de l'enfance et de la jeunesse.

19. Geschäfte des Nationalrats

Beschleunigung öffentlicher Beschaffungen - Rekurse gegen Vergabeentscheide in national wichtigen Bauvorhaben wie der NEAT bleiben möglich. Der Nationalrat lehnte es einstimmig ab, auf eine Gesetzesrevision einzutreten. Auf Aufforderung des Parlaments nach kostspieligen Verzögerungen beim Bau der NEAT schlug der Bundesrat vor, die aufschiebende Wirkung von gewissen Beschwerden im Beschaffungswesen auszuschliessen. Diese Variante erachtet der Nationalrat als problematisch, weil dadurch der Rechtsschutz beeinträchtigt und gegen WTO-Recht verstossen würde. Nun geht das Geschäft an den Ständerat.

Keine Bevorzugung von Personen aus dem Asylbereich bei der Niederlassungsbewilligung – Der Nationalrat gab mit 85:54:3 Stimmen der Parlamentarischen Initiative von FDP-Nationalrat Philipp Müller (AG) Folge, durch welche anerkannte Flüchtlinge nicht bereits nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz eine Niederlassungsbewilligung erhalten. Wie Nicht-EU-Bürger sollen sie den C-Ausweis erst nach zehn Jahren erhalten können. Mit dieser Parlamentarischen Initiative kann der Missstand behoben werden, dass mit der heutigen Regelung Flüchtlinge besser gestellt sind als Ausländer, die nicht über ein Asylgesuch in die Schweiz gekommen sind.

Konsumentenschutz – FDP. Die Liberalen begrüsst, dass der Nationalrat mit 105:25 auf die Änderung im Obligationenrecht eingetreten ist, mit der die Produktgarantie auf zwei Jahre erhöht wird. Wenn das verkaufte Produkt in eine Immobilie eingebaut wird, beträgt die Gewährleistungsfrist neu unter bestimmten Voraussetzungen sogar fünf Jahre. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.

Namens- und Bürgerrecht – FDP. Die Liberalen begrüsst, dass der Nationalrat dem Gebot der Gleichstellung nachkommt und beim neuen Namens- und Bürgerrecht mit 97:65 vollumfänglich den Beschlüssen des Ständerats gefolgt ist. Damit konnte ein langwieriger Prozess für die gesetzliche Gleichstellung von Mann und Frau, der unsere ehemalige liberale Nationalrätin Suzette Sandoz (VD) initiierte, erfolgreich abgeschlossen werden. Grundsätzlich sieht dieser Gesetzesentwurf vor, dass jeder Ehegatte seinen Namen sowie sein Kantons- und Gemeindebürgerrecht behält. Wenn gewünscht, kann bei der Eheschliessung das Ehepaar aber auch einen gemeinsamen Familiennamen wählen. Die Kinder erhalten dementsprechend den gewählten Familiennamen oder einen der zwei Ledignamen, den die Eltern bei der Ehe bestimmen. Weiter können die Eltern den Namen der Kinder innerhalb eines Jahres seit Geburt des ersten Kindes auf den Ledignamen des anderen Elternteils ändern. Die Revision vereinfacht ferner Namensänderungen nach einer Scheidung oder nach dem Tod des Partners. Die Vorlage wurde in der Schlussabstimmung im Ständerat mit 32:6:5 angenommen und im Nationalrat mit 117:72:6.

Geldspiele - Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat dem vom Bundesrat vorgeschlagenen Gegenentwurf zur Volksinitiative für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls mit 137:3 zugestimmt. Dieser sieht vor, dass die Zuständigkeit der Kantone für die Bewilligung und die Beaufsichtigung von Lotterien, Wetten und Geschicklichkeitsspielen in der Verfassung festgeschrieben wird. Für die Gesetzgebung wäre jedoch der Bund zuständig. Um Kompetenzkonflikte zwischen Bund und Kantonen zu vermeiden würde ein Koordinationsorgan geschaffen. Wie die Initiative schreibt der Gegenvorschlag zudem vor, dass die Erträge aus den Lotterien und Sportwetten für gemeinnützige Zwecke verwendet werden müssten. Die Vorlage wurde in der Schlussabstimmung mit 193:3:1 im Nationalrat und im Ständerat mit 42:2:2 angenommen

Remboursement des lunettes - le CN a accepté par 109:71 une motion exigeant la réintégration dans le catalogue de l'assurance maladie de base de la prise en charge de 180 francs par an pour les lunettes et les lentilles des moins de 18 ans. Le Groupe RL, dans un souci de maîtrise des coûts de l'assurance-maladie, s'y est opposé par 25:1, ce d'autant plus que la fin du remboursement a permis une réduction du prix des lunettes dans le commerce. Le Conseil national a en revanche refusé par 93:90 (Groupe RL 26:1) une seconde motion exigeant que les caisses remboursent également les verres de lunettes et les lentilles des adultes.

Tarmed - Le Conseil national a approuvé une révision de la loi sur l'assurance maladie donnant compétence au Conseil fédéral d'imposer des solutions dans le système de tarification Tarmed en cas de désaccord entre les partenaires tarifaires. En outre, il a accepté par 103:64:11 (Groupe RL 25:3:3) d'ajouter une précision selon laquelle les prestataires de soins devront ajouter un diagnostic codé du patient à la facture transmise aux assureurs.

Réserves de l'assurance-maladie - Le Conseil national a transmis par 80:70 une motion exigeant des mesures pour réduire les réserves excessives. Le Groupe RL s'y est opposé à l'unanimité en raison des réformes en cours: les réserves doivent à l'avenir être calculées en fonction des risques et non du nombre d'assurés comme c'est le cas actuellement. La fixation de taux de réserves maximales comme l'exige la motion n'est en aucun cas la solution.

20. Geschäfte des Ständerats

Trafic d'organes au Kosovo – Le Conseil des Etats a transmis tacitement une motion du Conseil national demandant au Conseil fédéral de s'engager pour que la lumière soit faite sur un trafic présumé d'organes au Kosovo. Il s'agit de soutenir une commission d'enquête internationale spéciale, réclamée par une résolution du Conseil de l'Europe. C'est Martine Brunschwig Graf qui avait proposé cette motion suite à l'audition par la Commission de politique extérieure du Conseil national de Dick Marty qui a rédigé le rapport du Conseil de l'Europe.

Suisses de l'étranger – Le Conseil des Etats a transmis tacitement une motion de Martine Brunschwig Graf exigeant une coordination des services de l'administration fédérale compétents pour les Suisses de l'étranger. Ils devront notamment fournir leurs prestations par la voie d'un guichet unique. Celui-ci sera également à la disposition des administrations cantonales et communales.

Offenlegungspflicht bei Abstimmungskampagnen - Der Ständerat unterstützte mit 22:18 eine Motion seiner staatspolitischen Kommission (SPK), die verlangt, dass die Offenlegungspflicht gesetzlich verankert wird. Komitees und Organisationen, die sich mit hohen Beiträgen für oder gegen Vorlagen engagieren, müssen gegenüber der Bundeskanzlei deklarieren, woher sie die Mittel für ihre Kampagne haben. Diese muss die Angaben vor der Abstimmung veröffentlichen. FDP. Die Liberalen bedauert diesen Entscheid, da dieser in der Praxis nichts taugt. Das führt dazu, dass viele, die bisher Beiträge an Kampagnen geleistet haben, auf Spenden verzichten oder Wege suchen, um eine Veröffentlichung zu umgehen.

Cybercrime – Der Ständerat nahm als Zweitrat einstimmig die Motion an, welche eine UNO-Resolution der Schweiz zur Bekämpfung des virtuellen Kindsmisbrauchs anregt. FDP. Die Liberalen begrüsst diesen Entscheid, da wir uns für die Bekämpfung von Internetkriminalität in der Schweiz einsetzen und überzeugt sind, dass eine internationale Zusammenarbeit unabdingbar ist.

Administrative Entlastung für KMU – Die FDP verbucht mit ihrem Engagement für die administrative Entlastung von KMU weitere Erfolge: Der Ständerat hat insgesamt drei FDP-Motionen gutgeheissen, welche bürokratische Erleichterungen für KMU vorsehen. So soll der Bund erstens statistische Daten bei den Unternehmen koordiniert erheben, um den Aufwand mit amtlichen Statistiken zu vermindern. Der Bundesrat soll zweitens elektronische Angebote für den Umgang mit den Behörden stärker fördern. Der vermehrte Einsatz solcher E-Government-Lösungen bedeutet Millioneneinsparungen für Unternehmungen. Drittens soll der Bundesrat dafür sorgen, dass die elektronische Zollabfertigung von Waren durch ein interaktives Internetportal auch für KMU ohne teure Spezialsoftware möglich ist.

Viehexporte – Die Landwirte können weiterhin auf die Wiedereinführung der Viehexport-Subventionen hoffen. Mit einem "Kunstgriff" hat der Ständerat erreicht, dass die Vorlage wieder in den Nationalrat geht. Zur Debatte stehen jährlich 4 Mio. Franken, die von den Direktzahlungen in die Ex-

portförderung umgeleitet werden sollen. Wie zuvor im Nationalrat wurde auch im Ständerat das erforderliche Quorum für das Lösen der Ausgabenbremse mit 20:9:3 nicht erreicht. Um zu verhindern, dass das Geschäft als gegenstandslos in der Versenkung verschwindet, musste der Ständerat die Gesetzesänderungen nun ablehnen, was er in der Gesamtabstimmung denn auch mit 16:13:3 tat. So entstand eine Differenz zum Nationalrat, welcher der Vorlage zugestimmt hatte. Die FDP-Fraktion ist dezidiert gegen die Wiedereinführung von Ausfuhrbeiträgen für Viehexporte. Dies wurden Ende 2009 richtigerweise aufgehoben.

Neues System für die Erhebung der Radio- und TV-Gebühren – Künftig soll jeder Haushalt in der Schweiz Radio- und Fernsehgebühren bezahlen müssen, und zwar unabhängig davon, ob ein Empfangsgerät vorhanden ist oder nicht. Mit 111:52 (RL 22:0) hat der Nationalrat einer vom Ständerat leicht abgeänderten Motion zugestimmt, die einen Systemwechsel hin zu geräteunabhängigen Gebühren verlangt. Die FDP stimmte diesem Systemwechsel zu, weil so die Gebührenerhebung mit der technologischen Entwicklung Schritt halten kann (elektronische Medieninhalte via Computer oder Mobile), mit dem neuen System die Gebühren sinken werden und der Kontrollaufwand verringert wird. Gleichzeitig wird die Qualität des Service public für die nationale Kohäsion weiterhin gewährleistet.

Artillerie künftig ohne Streumunition – Ohne Gegenstimme hat der Ständerat das internationale Übereinkommen über das Verbot von Streumunition sowie eine resultierende Änderung des Kriegsmaterialgesetzes genehmigt. Stimmt auch der Nationalrat zu, kann der Bundesrat das von bisher 109 Staaten – nicht aber von den USA, China, Russland oder Israel – unterzeichnete Abkommen ratifizieren. Entsprechend der Position der FDP beauftragt der Ständerat den Bundesrat, in einem Bericht zur Zukunft der Artillerie darzulegen, ob Smart Munition beschafft werden soll oder ob statt auf Flächenfeuer künftig eher auf präzise Waffen für punktgenaues Feuer gesetzt werden soll.

21. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Motion. Rasche Umsetzung einer USTR III zur Kompensation von Wettbewerbsnachteilen aufgrund des starken Frankens – Der Bundesrat wird aufgefordert, dem Parlament bis spätestens zum 31.3.2012 die Botschaft für eine Unternehmenssteuerreform (USTR) III vorzulegen. Die Reform soll Voraussetzung für die Erledigung des Steuerstreites mit der EU sein und mit einer Senkung der gesamthaften Steuerbelastung für die Unternehmen verbunden sein. Gerade mit Blick auf die Frankenstärke ist die mittel- und langfristige Stärkung unseres Standortes zentral.

Motion. Nulltoleranz für randalierende Asylsuchende – Der Bundesrat wird beauftragt dafür zu sorgen, dass straffällige, randalierende und von der Polizei aufgegriffene Asylsuchende, die sich bereits in einem Kanton aufhalten, umgehend in Bundeszentren zurückversetzt werden. Deren Verfahren sind sofort an die Hand zu nehmen und abzuschliessen. Denn die Kantone vermelden zunehmend randalierende Wirtschaftsmigranten aus Nordafrika. Rasches Handeln zur Entlastung der Kantone, aber auch als Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung ist dringend notwendig.

Motion. Keine Asylsuchende aus Safe Countries in die Kantone verteilen – Der Bundesrat wird aufgefordert dafür zu sorgen, dass Asylsuchende aus Safe Countries per sofort nicht mehr an die Kantone verteilt werden. Gemäss Art. 34 des Asylgesetzes kann der Bundesrat Staaten als Safe Countries bezeichnen, in welchen Sicherheit vor Verfolgung besteht. Asylsuchende aus diesen Safe Countries (bspw. Bulgarien, Tschechische Republik, Italien) haben kaum Aussicht auf die Gewährung von Asyl. Trotzdem werden solche Fälle immer wieder auf die Kantone verteilt. Diese Gesuche müssen sofort behandelt und in den Bundeszentren abgeschlossen werden. Die Resultate der Erhebungen des Bundesamtes für Migration untermauern die Relevanz dieser Praxis, denn die Beschwerdequote bei Nichteintretensentscheiden, die in einem Empfangs- und Verfahrenszentrum gefällt wurden, liegt bei 14%, jene nach der Kantonszuweisung bei 86%.

Motion. Rückführungen nach Italien per Zug! - Der Bundesrat soll ein Rückübernahmeabkommen mit Italien abschliessen, welches Rückübernahmen nach Italien als zuständiges Erst-Asylland auch mit dem Zug ermöglicht, denn die meisten Flüchtlinge kommen zuerst über Italien und dann über das Tessin in die Schweiz. Mit dem Dubliner Abkommen können sie alle nach Italien zurückgewiesen werden. Dass Rückübernahmen nur in Rom und damit nur per Flugzeug erfolgen können, stellt eine unsinnige Schikane dar.

Postulat. Einführung von Sunset-Klauseln für weniger Bürokratie – Der Bundesrat soll prüfen, ob für zeit- und problemgebundene Rechtssetzungen (bspw. rechtliche Grundlagen für Subventionen, Sonderfinanzierungen oder Prognose-unsichere Gegenstände wie Massnahmengesetze oder Prüfnormen etc.) auf Bundesebene eine zeitliche Befristung eingeführt werden soll. Ohne einen erneuten Verlängerungsbeschluss des Parlaments würde damit die Rechtsgrundlage für solche Staatsleistungen nach Ablauf einer Frist automatisch erlöschen. Die Befristung von Rechtsgrundlagen für Staatsleistungen (Sunset-Klauseln) ist ein wirksames Entschlackungsinstrument und kann mithelfen zu gewährleisten, dass die Schweiz ein finanzierbarer liberaler Staat bleibt

Interpellation. Doch weniger Steuerausfälle aufgrund der Einführung des Kapitaleinlageprinzips? – Letzten Frühling sprach der Bundesrat als Folge der Einführung des Kapitaleinlageprinzips von Mindereinnahmen bei der Verrechnungssteuer für das Jahr 2011 von 1,2 Milliarden Franken. In der kürzlich von der Eidgenössischen Finanzverwaltung publizierten Hochrechnung für 2011 wird aber davon ausgegangen, dass bei der Verrechnungssteuer der Budgetwert von 3,7 Milliarden Franken erreicht wird – trotz neuer Prognosemethoden. Die FDP-Fraktion fordert den Bundesrat auf, diese paradoxe Situation zu erklären. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund wichtig, wonach als Gegenargument gegen eine USTR III immer aufgeführt wird, dass erst die USTR II verdaut werden müsse.

Interpellation. Wann kommt die Vereinfachung des Steuersystems? – FDP. Die Liberalen fordern seit langem ein einfacheres und transparenteres Steuersystem. Abgestufte Einheitstarife (Flat-Rate-Tax) und nur noch einige wenige Pauschalabzüge (bspw. für Kinder, Berufsauslagen etc.) erlauben, dass die Steuertarife für alle aufkommensneutral gesenkt werden können. Eine betreffende Motion unsererseits wurde bereits von beiden Räten überwiesen. Wir fordern den Bundesrat auf zu erklären, bis wann er gedenkt die Vereinfachung der Besteuerung natürlicher Personen im Sinne der FDP-Motion an die Hand zu nehmen und eine Vorlage zu präsentieren.

Postulat. Beseitigung bürokratischer Hürden für Bau und Betrieb von Kindertagesstätten – Der Bundesrat soll prüfen, ob die kantonalen Vollzugsbehörden die auf dem Lebensmittelgesetz und den entsprechenden Verordnungen basierenden Vorschriften für Kindertagesstätten (KITAs) unverhältnismässig streng vollziehen. Falls nötig soll er eine Weisung betreffend KITAs erlassen, welche den kantonalen Vollzug verpflichtet, die Bestimmungen angemessen auszulegen. Damit wird sichergestellt, dass die Auflagen für Bau und Betrieb von Kindertagesstätten nicht unnötig erschwert und verteuert werden und dass damit flexiblen und innovativen Lösungen, die auf dem gemeinsamen Engagement einiger Quartierbewohner gründen, keine unnötigen Hürden im Weg stehen.

Motion. Erhöhung der Fremdbetreuungsabzüge auf CHF 24'000 – Der Bundesrat wird beauftragt, den maximalen Abzug für die Drittbetreuung von Kindern bei der direkten Bundessteuer von heute CHF 10'000 auf CHF 24'000 pro Kind zu erhöhen. Die Fremdbetreuungskosten sind in der Praxis weitaus höher als der derzeit maximal mögliche Drittbetreuungsabzug; damit wird nicht verhindert, dass die Erwerbstätigkeit des Zweitverdienenden wegen der Kinderbetreuung und den zusätzlichen Steuern mehr kostet als sie einbringt.

Motion. Prévoyance professionnelle: dépolitisons le taux d'intérêt minimal. Le Conseil fédéral est chargé de modifier la loi sur la prévoyance professionnelle de telle sorte que le taux d'intérêt minimal soit désormais adapté automatiquement en fonction de la situation réelle des marchés financiers et ne dépende donc plus d'une décision politique. Le taux d'intérêt minimal LPP représente une garantie que l'institution de prévoyance doit fournir impérativement. Il doit donc être déterminé de sorte que

les institutions de prévoyance puissent l'atteindre, ce qui n'était pas le cas ces 10 dernières années. Cette situation met en péril la stabilité du deuxième pilier dans la mesure où les institutions se voient dans l'obligation d'effectuer des placements risqués afin d'atteindre ce taux. Le taux d'intérêt minimal doit donc à l'avenir être variable, conforme au marché et fixé selon une formule transparente et compréhensible. Un mécanisme automatique permet une adaptation instantanée, contre tous les ans aujourd'hui, du taux en fonction de la situation économique réelle et empêche toute pression politique.

Motion. Prévoyance professionnelle: dépolitisons le taux de conversion minimal. - Le Conseil fédéral est chargé de modifier la loi sur la prévoyance professionnelle pour que le taux de conversion soit désormais adapté automatiquement en fonction des possibilités effectives de redistribution, soit une formule tenant compte de l'espérance de vie, des montants cotisés et des rendements ayant cours, et ne dépende donc plus d'une décision politique. La situation du 2e pilier est inquiétante. Les rendements financiers sont insuffisants pour assurer les rentes conformément au taux de conversion. Les caisses sont contraintes de puiser dans leurs réserves ou de ponctionner les actifs pour tenir leurs engagements, soit puiser dans l'épargne des actifs pour financer les rentes en cours. Cela représentait environ 600 mio. de francs en 2009. Le taux de conversion doit être adapté à la réalité.

22. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 17 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die letzte Session der Legislatur 2007-2011 abgeschlossen. Parlamentarisch unter Dach kamen:

- › mit 137:46 Stimmen bei 9 Enthaltungen (Nationalrat) und 41:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen (Ständerat) die **Revision des Bankengesetzes**, mit der systemrelevante Grossbanken neuen Regeln unterworfen werden, damit ein neuer Fall UBS vermieden werden kann;
- › mit 133:46 Stimmen bei 17 Enthaltungen und 28:6 Stimmen bei 10 Enthaltungen **die Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes**, mit der die Voraussetzungen geschaffen werden sollen, dass sich mehr Menschen integrierten medizinischen Versorgungsnetzen (Managed Care) anschliessen;
- › mit 125:61 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 33:7 Stimmen bei 4 Enthaltungen **das Bundesgesetz über Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit**;
- › mit 189:7 Stimmen bei 1 Enthaltung und 44:0 Stimmen **das Humanforschungsgesetz**, das die Forschung mit lebenden und verstorbenen Personen, Embryonen und Föten sowie mit biologischem Material menschlicher Herkunft regelt;
- › mit 117:72 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 32:6 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine **Änderung des Zivilgesetzbuchs, mit der Frauen und Männer im Namens- und Bürgerrecht gleichgestellt werden**;
- › mit 193:3 Stimmen bei 1 Enthaltung und 42:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen **der Bundesbeschluss über die Lotterie-Initiative**, in dem die Räte der Stimmbevölkerung die Initiative zur Ablehnung empfehlen.;
- › mit 128:61 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 41:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen **das neue Hochschulförderungsgesetz**;
- › mit 141:53 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 44:0 Stimmen **das Kinder- und Jugendförderungsgesetz**, in dem geregelt wird, wie die ausserschulische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gefördert werden kann;

- › mit 192:0 Stimmen und 44:0 Stimmen eine **Revision des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung**, mit der die Mindestbeitragszeit für 55-Jährige von 24 auf 22 Monate gesenkt wird;
- › mit 195:1 Stimmen und 44:0 Stimmen einer **Änderung des Strafgesetzbuches, mit der Genitalverstümmelungen ausdrücklich verboten werden**;
- › mit 141:47 Stimmen bei 8 Enthaltungen und 43:1 Stimmen **das Bundesgesetz über die Aufhebung der Heimarbeit-Förderung**;
- › mit 152:0 Stimmen bei 44 Enthaltungen und 43:0 Stimmen bei 1 Enthaltung **der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Rechtshilfeabkommens zwischen der Schweiz und Argentinien**;
- › mit 190:7 Stimmen und 44:0 Stimmen **das Bundesgesetz über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus**, dank der die Tourismusförderung ausgebaut wird;
- › mit 193:2 Stimmen bei 1 Enthaltung und 44:0 Stimmen **das Bundesgesetz über die befristete Ergänzung der Versicherungsleistungen der Schweizerischen Exportrisikoversicherung**, mit dem die Geltungsdauer des Gesetzes um weitere vier Jahre bis Ende 2015 verlängert wird;
- › mit 189:5 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 44:0 Stimmen **das Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen**, in dem der Rahmenkredit geringfügig angepasst wird;
- › mit 194:0 Stimmen bei 1 Enthaltung und 44:0 Stimmen **die Verordnung der Bundesversammlung über die Richterstellen am Bundesgericht**.

Mit Ausnahme der Verordnung der Bundesversammlung über die Richterstellen am Bundesgericht sowie der Abstimmungsempfehlung zur Lotterrie-Initiative unterstehen alle anderen Vorlagen dem fakultativen Referendum. Ergriffen wird das Referendum höchstwahrscheinlich bei der Managed-Care-Vorlage.

Offen ist, ob die Lotterrie-Initiative vors Volk kommt. Die Initianten, die an der Ausarbeitung des Gegenvorschlags beteiligt waren, stellten in Aussicht, dass sie ihr Begehren nun zurückziehen.

Weiter hat der Nationalrat mit 140:53 Stimmen bei 5 Enthaltungen das Geschäftsreglement des Nationalrats gutgeheissen, in dem präzisiert wird, welche Kommission Immunitätsfragen entscheidet.

23. Abschluss der Legislatur: Rücktritt von Parlamentariern

Zum Abschluss der Legislatur haben sich der National- und der Ständerat von 49 Politikerinnen und Politikern verabschiedet. Sie haben den Rücktritt aus ihrer Parlamentskammer erklärt. Im Ständerat wurden von der FDP-Liberale Fraktion verabschiedet: Peter Briner, Rolf Büttiker, Erika Forster, Helen Leumann, Dick Marty und Rolf Schweizer. Im Nationalrat wurden von der FDP-Liberale Fraktion verabschiedet: Martine Brunschwig Graf, Marianne Kleiner, Edi Engelberger, Hans Rudolf Gysin, Charles Favre, Werner Messmer, Claude Ruey und Pierre Triponez.